



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

02. Juli 2009

Rede zum Bundesausbildungsförderungsgesetz

von Kai Gehring MdB im Plenum des Deutschen Bundestages am 02.07.2009

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

über zweihunderttausend junge Menschen sind während des **bundesweiten Bildungsstreikes** im Juni für ein gerechteres und besser ausfinanziertes Bildungssystem auf die Straße gegangen. Dieser Protest war richtig und wichtig.

Diesen lauten Ruf nach einer **neuen Bildungsinitiative** dürfen wir nicht überhören. Allerdings brauchen wir dafür einen **Kurswechsel** – weg von früher sozialer Auslese und Zugangshürden hin zu mehr individueller Förderung, gleichen Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten für alle.

Immer sonntags hat die Bundesregierung die **Bildungsrepublik** ausgerufen, die sich werktags als Etikettenschwindel entpuppte. Offenkundig wurde dies u.a. bei den bildungsfeindlichen Föderalismusreformen I und II, der chronischen Unterfinanzierung unseres Bildungssystems, dem fortdauernden Zulassungschaos an den Hochschulen und bei der phantasielosen Umsetzung des Bologna-Prozesses.

Nicht viel besser fällt die **Bilanz bei der Studienfinanzierung** aus. Ohne den Druck von uns Oppositionsfraktionen und der Bildungspolitiker der SPD würden die Studierenden noch heute auf eine Erhöhung des BAföG warten und weitere Nullrunden drehen.

Ohne starke Grüne würde die staatliche Studienfinanzierung – auch in der kommenden Wahlperiode – am seidenen Faden hängen. Nach der falschen Ideologie „Privat vor Staat“ wandeln Union und FDP weiterhin auf dem **Studiengebühren- und Studienkredit-Irrweg**. Dabei steht derjenige, der sein Bachelor- und Master-Studium komplett über einen **KfW-Studienkredit** finanzieren will, am Ende vor einem Schuldenberg von rund 70.000 Euro. Und das ist schon vergleichsweise „günstig“: Gemäß der Zinssätze von Oktober 2008 wäre das kreditfinanzierte Studium noch einmal rund 25.000 Euro teurer. Kein Wunder, dass selbst die KfW davon abrät, ein Studium komplett über Kredite zu finanzieren.

Für Abiturienten sind laut der DSW-Sozialerhebungen, verschiedener HIS-Studien und einer aktuellen Untersuchung des Reemtsma Begabtenförderwerks **Finanzierungsprobleme und Verschuldungsängste** die Hauptargumente gegen die Aufnahme eines Studiums. Mit Bildungskrediten werden aber keineswegs mehr junge Menschen motiviert, ein Studium aufzunehmen, wie Ministerin Schavan uns weismachen will. Eher ist das Gegenteil der Fall.

Auch Stipendien sind nachwievor kein Ausweg aus der Finanzierungsklemme, weil nur zwei Prozent aller Studierenden davon profitieren. Angesichts dieser beschämend niedrigen **Sti-**

pendiatenquote bleibt Deutschland **hochschulpolitisches Entwicklungsland**. Besonders die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände haben hier eine Bringschuld und Verantwortung, ihre vollmundigen Versprechen über eigene Stipendiensysteme einzulösen.

Das **BAföG** zu glorifizieren und unter eine Käseglocke zu stellen, wie es die SPD macht, trägt allerdings auch nicht. Das BAföG hat zwar als wichtige sozialpolitische Leistung in den letzten Jahrzehnten entscheidend dazu beigetragen, dass überhaupt finanzschwachen und bildungsfernen Schichten der Zugang zu Hochschulreife und Hochschulstudium ermöglicht wurde. Das BAföG mit seiner Mischung aus Zuschuss und Darlehen konnte aber nicht verhindern, dass der Anteil der Kinder aus hochschulfernen Gruppen, der ein Hochschulstudium aufnimmt, immer weiter abgenommen hat. Wer einen gesamtgesellschaftlichen Bildungsaufbruch will, muss die staatliche Studienfinanzierung so gestalten, dass alle Studienberechtigten einen Anreiz haben und finanziell in die Lage versetzt werden, tatsächlich ein Studium aufzunehmen.

An diesem Ziel gehen die Vorstellungen der Linken vorbei. Nachdem die Fraktion in ihrem Antrag noch vage Vorstellungen für eine strukturelle Weiterentwicklung des BAföG und für ein Zwei-Körbe-Modell skizziert hat, fordert die Partei in ihrem Bundestagswahlprogramm nun eine „**elternunabhängige, bedarfsdeckende und repressionsfreie Grundsicherung**“. Dies ist nicht nur ein Zick-Zack-Kurs, sondern in erster Linie ein Geschenk für Studierende aus Gut- und Besserverdiener-Haushalten. Studierenden aus einkommensreichen Elternhäusern ein genauso hohes **bedingungsloses Studierende ngrundeinkommen** à la Linkspartei zu überweisen wie Studierenden aus einkommensarmen Familien verletzt und konterkariert soziale Gerechtigkeit und ist alles andere als zielgenau.

Unser Ziel ist es, an den Hochschulen unterrepräsentierte Gruppen stärker für ein Studium zu gewinnen. Diesem Anspruch gerecht wird das **grüne Zwei-Säulen-Modell**. Damit wird die staatliche Studienfinanzierung gestärkt und auf breitere Füße gestellt.

Unser grünes Modell umfasst und kombiniert zwei Säulen: den **Studierendenzuschuss** und den **Bedarfszuschuss**. Mit dem Studierendenzuschuss erhalten alle Studierenden einen Sockel, der einen Einstieg in eine elternunabhängige Finanzierung des Lebensunterhalts von Studierenden darstellt. Zur Gegenfinanzierung werden das bisherige Kindergeld sowie steuerlichen Freibeträge in den neuen Studierendenzuschuss überführt. Diese familienbezogenen Leistungen kommen dann direkt den Studierenden zugute. Dies ist ein innovativer **Perpektiven- und Paradigmenwechsel**.

Das grüne Zwei-Säulen-Modell umfasst zusätzlich eine starke und unerlässliche soziale Komponente: Dieser Bedarfszuschuss ist anders als das derzeitige BAföG als nicht zurückzahlender Zuschuss ausgestaltet.

Aus finanziellen Gründen liegen in den einkommensarmen und bildungsfernen Familien derzeit die meisten Bildungspotenziale brach. Daher begünstigen wir diese Studierenden über den Bedarfszuschuss gezielt.

Der neue Höchstsatz läge nach unserem Modell bei 800 EUR, also über dem des heutigen BAföG. Wir wollen damit **mehr Teilhabe- und Verteilungsgerechtigkeit** sicherstellen.

Das neue grüne Zwei-Säulen-Modell leistet einen entscheidenden Beitrag zur dringend notwendigen **sozialen Öffnung unserer Hochschulen**. Die neue Studienfinanzierung erfordert eine ambitionierte Reform, die zugleich politisch umsetzbar und gut vermittelbar wäre. Bei der Reform der Studienfinanzierung setzen wir – im Gegensatz zu Union und FDP – auf die Leitbilder des mündigen Studierenden und auf „**Staat vor Privat**“. Zugleich lehnen wir eine ungerechte Gießkannen-Förderung à la Linksfraktion ab.